

Sicherheit in Libyen

Beschluss des Deutschlandtages vom 16. bis 18. Oktober 2015 in Hamburg

Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, sich für die Sicherung des Friedens in Libyen massiv einzusetzen. Die destabilisierenden Auswirkungen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ auf große Teile Nordafrikas lassen sich direkt mit dem Erstarken der Terrormiliz IS und damit auch dem derzeitigen Flüchtlingsstrom nach Europa verbinden. Libyen ist das größte Transitland für Flüchtlinge aus Afrika und Syrien und sollte damit besonders in den Blickpunkt für die deutsche und europäische Außenpolitik rücken. Als Junge Union fordern wir nicht länger bloß die Probleme in Nordafrika und ihm Nahen Osten aus der Ferne zu betrachten, sondern ein konkretes Handeln einzuleiten. Denn wenn „die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland [...] auch am Hindukusch verteidigt wird“, dann erst Recht vor der Haustür Europas, wie im Falle Libyens.

Deshalb fordern wir:

1. Die Beteiligung an den offiziellen Friedensgesprächen und Vermittlungsversuchen der VN
2. Die explizite Unterstützung eines VN-Mandats in Libyen, welches ein militärisches Eingreifen gegen die Stellungen des IS zum Ziel hat
3. Damit verbunden eine Beteiligung der Bundeswehr bei einer etwaigen militärischen Mission
4. Eine aktive Bekämpfung der Schlepperbanden bereits vor Ort in Libyen
5. Im Falle einer erfolgreichen Vermittlung zwischen den derzeit konkurrierenden Regierungen in Libyen eine schnelle Unterstützung bei Maßnahmen der inneren Sicherheit nach dem Vorbild Tunesiens (z.B. Kooperation bei der Polizeiausbildung)
6. Einen verstärkten Einsatz bei der Verfolgung des Drei-Punkte-Plans der EU, welcher nach dem Tod des ehemaligen libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi beschlossen wurde